

Zeitschrift: SES Notizen
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: 3 (1981)
Heft: 2

Titelseiten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



SES Notizen

2/81

KAISERAUGST:

Ein **NEIN** liegt in der Luft

Das Atomkraftwerk Kaiseraugst darf weder bewilligt noch gebaut werden. Die Baubewilligung verstiesse gegen Art. 3 des revidierten Atomgesetzes. Diese Bestimmung schreibt nämlich vor, dass weitere AKW nach Gösgen und Leibstadt nur errichtet werden dürfen, wenn ein genügender inländischer Bedarf nachgewiesen werden kann. Dabei, so verlangt es das Gesetz weiter, ist den Sparmöglichkeiten und den Alternativen Rechnung zu tragen. Und dieser Bedarfsnachweis konnte von den hierfür zuständigen Gremien bislang nicht erbracht werden.

Der Fehler in der EEK-Prognose

Die Eidgenössische Energiekommission (EEK) hat dem Bundesrat bekanntlich die Entscheidunterlagen für die Bewilligung weiterer AKW in der Schweiz zu liefern. Die Auffassung ihrer Mitglieder bewegt sich - wie man weiss - in einem breiten Spektrum. Immerhin soviel steht fest: Nur ein Drittel der Mitglieder erachtet den Bedarfsnachweis für ein bis zwei nukleare Grossanlagen in den nächsten zehn Jahren als erbracht. Ein zweites Drittel erkennt lediglich eine Versorgungslücke, die so klein ist, dass sie auch mit dezentralen Alternativen geschlossen werden könn-

te. Das dritte Drittel sieht überhaupt keinen Bedarf für neue Nuklearanlagen in den nächsten zwei Jahrzehnten.

Nun ist aber sogar der EEK - trotz gründlicher Arbeit - ein schwerwiegender Rechnungsfehler unterlaufen. Zu diesem fast sensationellen Ergebnis kommt eine ausführliche Studie, die von der SES in Zusammenarbeit mit den übrigen Umweltorganisationen erarbeitet worden ist. Danach hat die EEK drei Viertel jenes Sparpotentials in die Bedarfsprognosen einzubauen vergessen, das durch die Elektrizitätswirtschaft ohne Verfassungs- und Gesetzesänderungen realisiert werden könnte. Nach Korrektur dieses Fehlers kann der Bedarfsnachweis für Kaiseraugst auch vom befürwortenden Drittel der EEK nicht mehr erbracht werden.

Unrealistische Zweckprognosen der Elektrizitätswirtschaft

Die ursprünglichen überrittenen Perspektiven im 10-Werke-Bericht der Elektrizitätsgesellschaften wurden somit auch von Expertenseite vollends als wissenschaftlich unhaltbare Wunschprognosen entlarvt. Sie markieren bestenfalls eine pessimistische Prognoseobergrenze, sind getragen von

Zweckpessimismus und dienen offensichtlich nur dazu, die durch Planung und Vorinvestitionen geschaffenen Sachzwänge im Nachgang zu legitimieren. Da werden nämlich alle pessimistischen Rahmenfaktoren kumuliert, zum Teil sogar solche, die sich ökonomisch ausschliessen. Wenn zum Beispiel eine reale Oelpreissteigerung von 5% und gleichzeitig ein reales Bruttosozialproduktswachstum von 2,8% prognostiziert wird, so ist das nicht anderes als die "Quadratur des Zirkels". Kein Ökonom wird eine solche Perspektive unterschreiben wollen.



Das AKW Kaiseraugst ist unnötig

Die Umweltorganisationen haben für ihre Perspektiven ein streng wissenschaftliches Vorgehen gewählt. So wurde zunächst einmal zwischen den unbeflussbaren Prognoseparametern (z.B. Oelpreise, Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum) auf der einen und den politisch beeinflussbaren Prognoseparametern (z.B. Spar- und Alternativförderungsstrategien) auf der anderen Seite unterschieden.